



**GROUPEMENT D'ETUDES ET DE RECHERCHES
NOTRE EUROPE**

Vorsitzender: Jacques Delors

**DIE INTELLEKTUELLE DEBATTE IN
GROSSBRITANNIEN ÜBER DIE
EUROPÄISCHE UNION**

Stephen George

**Inhaber des Jean-Monnet-Lehrstuhls am Fachbereich Politikwissenschaft
der Universität Sheffield**

*Studien und Forschung N° 5
Oktober 1998*

44, Rue Notre-Dame des Victoires, 75002 Paris
Tel. : 01 53 00 94 40
e-mail : notreeurope@notre-europe.asso.fr
<http://www.notre-europe.asso.fr>

In Französisch, English und Deutsch erhältlich

© Notre Europe, Oktober 1998.

Notre Europe

"Notre Europe" ist eine unabhängige Assoziation, die das Ziel verfolgt, Studien und Forschungen über Europa, seine Geschichte, seine Zivilisation und den Weg der Europäischen Integration einschließlich ihre Zukunftsperspektiven zu fördern. Die Assoziation begann im Januar 1997 mit ihrer Arbeit. Sie umfaßt ein kleines, internes, multinationales Team von sechs Forschern (aus Frankreich, Deutschland, Belgien, Italien, Portugal und dem Vereinigten Königreich) unter dem Vorsitz von Jacques Delors.

"Notre Europe" nimmt auf zwei Wegen an der öffentlichen Diskussion teil. Erstens durch die Veröffentlichung interner Studien und zweitens durch die Zusammenarbeit mit Forschern und Wissenschaftlern von außerhalb, um einen Beitrag zur Diskussion über Europa zu leisten. Die Assoziation organisiert außerdem in Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen und Veröffentlichungen Kolloquien und Konferenzen. Im März 1998 hat sie ihr erstes Buch mit dem Titel *"France-Allemagne: le bond en avant"* (Verlag Odile Jacob) veröffentlicht.

VORWORT

Die vorliegende Studie ist der dritte Beitrag zur Forschungsreihe über die intellektuellen Debatten innerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. « *Notre Europe* », von Jacques Delors geleitete Studien- und Forschungseinrichtung, hat sich in diesem Rahmen zum Ziel gesetzt, den Einfluss des europäischen Integrationsprozesses auf die Zukunft des Nationalstaates unter neuen Gesichtspunkten zu beleuchten.

Die beiden vorangegangenen Studien in dieser Serie wurden als Teil eines Sammelwerkes zu den deutsch-französischen Beziehungen herausgegeben. Es handelt sich um « *Nation und Europa : die deutsche Debatte* » von Dr. Donat Kluxen-Pyata, Universität Bonn, und um « *Die neue Krise des europäischen Bewusstseins: das politische Europa zwischen Nation und Bundesstaat* » von Laurent Bouvet, Doktor der Politischen Wissenschaft und Forscher an der Ecole des hautes études en sciences sociales, Paris, sowie an der Universität Siena.¹

Interessanterweise unterscheidet sich die Studie über Grossbritannien in ihrem Stil grundlegend von denjenigen, die wir über Frankreich und Deutschland durchgeführt haben. Dazu muss in erster Linie angemerkt werden, dass das Konzept der « intellektuellen » Debatte kaum auf die traditionell sehr pragmatische Herangehensweise der Briten an Europafragen angewandt werden kann. Stephen George, Inhaber des Jean-Monnet-Lehrstuhls am Fachbereich für Politik der Universität Sheffield, erklärt dies mit der Tatsache, dass Grossbritannien keine klar definierte Klasse von Intellektuellen besitzt. Das trägt teilweise dazu bei, dass die öffentliche Diskussion an Niveau verliert. Hinzu kommt, dass die in letzter Zeit sehr zahlreich gewordenen « Think tanks » verschiedener politischer Ausrichtungen zwar immer grösseren Einfluss auf die europapolitische Debatte haben, diese recht kleinen Kreise intellektueller Meinungsbildung allerdings kaum Wirkung auf die öffentliche Meinung ausüben. Ein anderes ins Auge fallendes Merkmal der aktuellen europapolitischen Debatte in Grossbritannien ist die Konzentration auf Fragen, die die Wirtschafts- und Währungsunion betreffen, obgleich die Argumentation auf der politischen Linken als auch auf der Rechten viel allgemeinere Einstellungen zur Europäischen Union widerspiegelt. Trotz alledem ist Professor Georges Ausblick eher optimistisch, wenn er neuartige Denkansätze auf anderen Gebieten hervorhebt, wie nämlich im Bereich der von der proeuropäischen Linken thematisierten demokratischen Legitimität. Von diesen Initiativen erhofft er, dass sie einen positiven Beitrag zur EU-Debatte leisten und Grossbritannien dazu veranlassen werden, seine

¹ « *France-Allemagne: Le bond en avant* », Verlag Odile Jacob, Paris, 1998.

europäische Zukunft endlich aus vollem Herzen zu akzeptieren.

Wir hoffen, dass « *Die intellektuelle Debatte in Grossbritannien* » unsere im April dieses Jahres veröffentlichte Studie von Lionel Barber « *Grossbritannien und die neue europäische Agenda* » (aktualisiert, vom englischen Original aus ins Französische und Deutsche übersetzt und vom Centre for European Reform, London, veröffentlicht) hilfreich ergänzt und damit zu einem besseren Verständnis der Diskussion in Grossbritannien beiträgt.

Wir beabsichtigen, auf längere Sicht vergleichbare Studien für jedes Mitgliedsland herauszugeben, um damit ein europaweites Panorama der intellektuellen Debatte zur Zukunft der europäischen Einigung zu erstellen.

EINFÜHRUNG

Bei der intellektuellen Debatte in Großbritannien über die Europäische Union (EU) konnte bislang noch kein Konsens zwischen den politischen Parteien erzielt werden. Das Thema spaltet die britische Politik in ein rechtes und ein linkes Lager. Dies führt zu getrennten Debatten der Rechten und der Linken, jedoch nicht zu einer wirklichen Debatte zwischen diesen beiden Lagern. Viele der Argumente finden auf beiden Seiten Gehör, aber im wesentlichen werden zwei getrennte Debatten geführt.

In der letzten Zeit konzentrierten sich beide Debatten auf die Währungsunion und darauf, ob Großbritannien der einheitlichen Währung beitreten sollte. Den in diesem Zusammenhang vorgebrachten Argumenten liegen jedoch allgemeinere Haltungen in bezug auf die EU zugrunde. In vielerlei Hinsicht sind die Argumente nach wie vor dieselben wie zum Zeitpunkt des britischen Referendums über die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft (EG) im Jahr 1975. Einzelne Personen haben ihre Einstellung möglicherweise geändert, und im Mittelpunkt der Diskussion stehen nun andere Dinge, aber die Debatte wird immer noch zwischen denjenigen geführt, die eine britische Mitgliedschaft in der EG/EU sowie die Teilnahme an der Währungsunion befürworten und denjenigen, die dagegen sind. Dem allgemeinen Sprachgebrauch folgend werden die Angehörigen des rechten und linken Lagers als "Pro-Europäer" und "Euroskeptiker" bezeichnet.

Es muß betont werden, daß sich dieses Dokument mit der intellektuellen Debatte, nicht mit der politischen Debatte befaßt. Dies hat zweierlei Auswirkungen. Erstens, das Gehör, das die verschiedenen Stimmen bei der Debatte finden, reflektiert nicht unbedingt deren politische Bedeutung. Insbesondere die antieuropäische Linke ist zunehmend eine isolierte Gruppe innerhalb der Labour Party. Zweitens besteht eine Kluft zwischen der intellektuellen Debatte und den Auffassungen der Öffentlichkeit. Wie ein akademischer Beobachter in einem privaten Schriftwechsel mit dem Verfasser über dieses Projekt sagte: "Es scheint mir, daß in bezug auf die intellektuelle Debatte in Großbritannien betont werden muß, wie weit diese von der Debatte in der Öffentlichkeit entfernt ist. Die Medien greifen extremistische anti-europäische Ansichten nur zu bereitwillig auf und münzen sie in Schlagzeilen um, ohne jemals eine der vernünftigen Debatten aufzugreifen, die in Think-tanks, Forschungseinrichtungen usw. geführt werden. Ich weiß sehr wenig aus erster Hand über Frankreich oder Deutschland, aber ich vermute, daß zumindest in Frankreich, wo die philosophische Debatte eher Bestandteil der allgemeinen intellektuellen Landschaft ist, eine vernünftig geführte Debatte weiter verbreitet ist (oder bin ich einfach nur naiv?)."²

Insbesondere französische und deutsche Leser dieses Dokuments werden ihre eigenen Ansichten darüber haben, ob diese Meinung naiv ist. Für Großbritannien gilt jedoch nach wie vor, daß die intellektuelle Debatte die Auffassung der allgemeinen Öffentlichkeit kaum beeinflußt. Falls es zu einem Referendum über die einheitliche Währung kommt, wird die nationale politische Debatte wohl stärker einbezogen werden müssen. Bis dahin bleibt die Diskussion auf einen relativ kleinen Kreis von Intellektuellen beschränkt. Dies bedeutet jedoch nicht, daß es unwichtig ist, die Parameter der politischen Debatte festzulegen.

² Dr. Robert Ackrill, Universität Leicester; ein ähnliches Argument wurde auch in einem Briefwechsel von Professor Clive Church, Universität Kent, Canterbury angeführt.

DIE DEBATTE IM RECHTEN LAGER

Einige der wichtigsten Beiträge zu dieser Debatte kommen von konservativen Politikern, einschließlich einiger älterer ehemaliger Regierungsmitglieder. Dies reflektiert den Einfluß der Conservative Party auf die europäische Frage, ein Thema, dass die Partei mehr als jedes andere seit der Aufhebung der “Corn Laws” im Jahr 1846³ spaltet.

Die Konservativen waren schon immer die Partei der Unternehmer, aber auch die Partei des Nationalismus. Die europäische Frage hat einen Keil zwischen diese beiden Elemente des Konservatismus getrieben. Es wurde zunehmend offensichtlich, daß große Teile der Industrie besorgt sind angesichts der Auswirkungen, die es für sie haben wird, wenn Großbritannien zu einem großen Teil von den Entwicklungen in der EU ausgeschlossen ist. Dies war auch der Grund, den Sir Geoffrey Howe für den Rücktritt von seiner Position als Stellvertreter von Margaret Thatcher im Jahr 1990 anführte.⁴ Gleichzeitig griffen andere führende Konservative das Argument auf, die EU müsse ein Europa von Nationalstaaten bleiben.

Die proeuropäische Rechte

Im proeuropäischen rechten Lager sind die ehemaligen Regierungsmitglieder tonangebend: Sir Geoffrey Howe, Michael Heseltine, Kenneth Clarke, und Sir Leon Brittan (der Vizepräsident der Europäischen Kommission)⁵. Die Conservative Group for Europe (Konservative Gruppe für Europa) hat jedoch durch ihre Reihe von Pamphleten weniger prominenter proeuropäischer Konservativer ebenfalls einen erheblichen Beitrag geleistet.⁶

Ihr Argument für eine Beteiligung Großbritanniens an der Währungsunion ist, daß diese für Industrie und Verbraucher vorteilhaft sein werde, weil die Kosten von Devisengeschäften und aufgrund von Wechselkursschwankungen mit unseren wichtigsten Handelspartnern wegfallen, die Preisfestsetzung transparenter wird und der Binnenmarkt Realität wird. Zudem sollte sie die Preisstabilität herbeiführen, was britischen Regierungen bisher nicht gelungen ist. Quentin Davies, ein weniger im Vordergrund stehender konservativer Abgeordneter, meint, daß alle Konservativen die Wirtschafts- und Währungsunion im Rahmen der Bedingungen des Maastrichter Vertrags unterstützen sollten, weil sie institutionelle Barrieren für Regierungen errichten wird, die die Geldmenge für politische Zwecke manipulieren. Dies wiederum wird zu niedrigeren Zinssätzen und einem vorteilhafteren Umfeld für industrielle Investitionen führen.⁷

³ David Baker, Andrew Gamble und Steve Ludlam, “1846 ... 1906 ... 1996? Conservative Splits and European Integration”, Political Quarterly, 64/4, 1993, S. 420-34.

⁴ Hansard: Parliamentary Debates, House of Commons, 13. Nov. 1990, cols. 461-5.

⁵ Sir Geoffrey Howe, “A better European policy for Britain” Financial Times, 30. Januar 1995; Sir Leon Brittan, “Can British National Identity Survive Further European Integration?” (Debatte mit John Redwood), Politics Review, Band 6, Nr. 4, April 1997, S. 22-3.

⁶ Quentin Davies, The United Kingdom and Europe: A Conservative View, London, Conservative Group for Europe, 1996; Ray Whitney, Time to Return to Euro-Sanity, London, Conservative Group for Europe, 1996.

⁷ Davies, The United Kingdom and Europe, S. 22.

Seitdem nun klar ist, daß die einheitliche Währung eingeführt wird, wird die pragmatische Position vertreten, daß es für Großbritannien gefährlich sei, nicht an der Währungsunion teilzunehmen. Britische Unternehmen könnten wettbewerbsmäßig benachteiligt sein, weil sie ihre Geschäfte in einer fremden Währung tätigen, während ihre Konkurrenten zukünftig dieselbe Währung wie ihre Kunden verwenden werden. Die vorrangige Stellung Londons auf den Finanzmärkten könnte gefährdet sein, wenn Großbritannien nicht an der Währungsunion teilnimmt, und die Zinssätze werden in Großbritannien höher bleiben als innerhalb der Währungsunion, weil die Finanzmärkte ein Aufgeld für das größere Abwertungsrisiko verlangen werden. Ausländische Direktinvestitionen könnten in Länder innerhalb der Währungsunion gehen, um die Risiken von Wechselkursschwankungen und die Transaktionskosten zu vermeiden.

Abgesehen von diesen wirtschaftlichen Gesichtspunkten hat die proeuropäische Rechte betont, daß die Stimme der britischen Regierung bei Entscheidungen über die künftige Richtung der EU geschwächt wird, wenn Großbritannien nicht an der Währungsunion teilnimmt. Sie argumentiert, daß die EU sich in eine Richtung entwickelt, die mit den Zielsetzungen der britischen Konservativen übereinstimmt. Heute „sind niedrige Lohnkosten und ein flexibler Arbeitsmarkt allseits akzeptierte Schlagwörter“.⁸ Falls Großbritannien an Einfluß verliert, weil es nicht zum „inneren Kern“ der Staaten gehört, die an der Währungsunion teilnehmen, könnte sich das Gleichgewicht zwischen liberalisierenden und protektionistischen Kräften innerhalb der EU in Richtung der protektionistischen Kräfte verschieben. Der Binnenmarkt selbst, von dem die britischen Unternehmen in hohem Maße profitieren, könnte gefährdet sein. Sicherlich wäre die Ausweitung des Binnenmarktes auf Sektoren, die für britische Unternehmen vorteilhaft wären, eher fraglich. Dieses Argument bezieht sich insbesondere auf Sektoren, in denen Großbritannien durch den Abbau von ehemaligen staatlichen Monopolen und erfolgreichen Privatisierungen in den 80er Jahren eine Vorreiterrolle in Europa übernahm, nämlich in den Bereichen Telekommunikation, Energie und Fluggesellschaften.⁹

Auch was den Welthandel betrifft, hat die Mitgliedschaft in der EU Vorteile. Das von Zeit zu Zeit vertretene Argument, daß Großbritannien weniger mit Europa und mehr mit der restlichen Welt handeln könne und solle, läßt die Tatsache außer Acht, daß der freie Welthandel sich nicht einfach so abspielt: er muß ausgehandelt werden. Durch die Zusammenarbeit mit der übrigen EU wird es möglich, andere Märkte in der ganzen Welt zu erschließen, und zwar auf eine Weise, die einem alleine handelnden Großbritannien nicht möglich wäre.¹⁰.

Soweit der positive Standpunkt, wie er von den Pro-Europäern auf der Rechten dargelegt wird. Ein Zeichen dafür, daß die euroskeptische Tendenz innerhalb der Conservative Party eine Vormachtstellung gewonnen hat, ist jedoch die Tatsache, daß vieles von dem, was die proeuropäischen Konservativen über die einheitliche Währung schreiben, dazu dient, die Argumente ihrer Gegner im rechten Lager zu entkräften.¹¹

⁸ Brittan, „British National Identity“, S. 22.

⁹ Davies, Time to Return to Euro-Sanity, S. 6.

¹⁰ Brittan, „British National Identity“, S. 22.

¹¹ Zum Beispiel „Time to Return to Euro-Sanity“ von Whitney versucht die Argumente der Euroskeptiker auf der ganzen Linie zu widerlegen.

Die euroskeptische Rechte.

Die Vorbehalte der Konservativen gegen eine Teilnahme an der Währungsunion basieren auf einer von Margaret Thatcher in Brügge gehaltenen Rede.¹² Diese beschäftigte sich nicht in erster Linie mit der Währungsunion, sondern streifte diese nur kurz. Sie griff vielmehr den Standpunkt an, daß der europäische Binnenmarkt mit einer sozialen Dimension einhergehen müsse und beruhte auf der Prämisse, daß die EG (wie sie zum damaligen Zeitpunkt hieß) ein “Europa von Nationalstaaten” bleiben sollte. Dieses Thema wurde mit der Zeit zur herrschenden Meinung der Gegner der Währungsunion im rechten Lager.

Der ehemalige Schatzkanzler Norman Lamont entwickelte in einer Reihe von Reden, die er zwischen 1993 und 1995 hielt, Ansätze, die später von anderen noch weiter entwickelt wurden. Lamont bekräftigte diese vor kurzem in einem Zeitungsartikel über die einheitliche Währung:¹³

Im Gegensatz zum Wechselkursmechanismus kann die WWU nicht rückgängig gemacht werden. Spekulanten werden nicht in der Lage sein, eine einheitliche Währung zu destabilisieren, wie sie es bei einem System von festen Wechselkursen könnten, weil es kein Ziel für sie geben wird: die einzelnen Währungen werden im Januar 1999 von den Finanzmärkten verschwinden, auch wenn die nationalen Banknoten und Münzen noch bis zum Jahr 2002 in Umlauf sein werden. Für Befürworter der einheitlichen Währung ist dies ein Vorteil der Währungsunion, die eine größere wirtschaftliche Stabilität herbeiführen wird. Absolut feste Wechselkurse erwecken jedoch nur den Anschein von Stabilität. Unterschiede in den wirtschaftlichen Strukturen der Mitgliedstaaten werden ebenso wenig verschwinden wie die unterschiedlichen wirtschaftlichen Leistungen. Ein einheitlicher Zinssatz für die gesamte EU kann nicht funktionieren, weil sie kein optimales Währungsgebiet ist. Ein Durchschnittswert der nationalen Sätze wird in einigen nationalen Volkswirtschaften zu einer überhitzten Konjunktur führen, während andere in die Rezession getrieben werden. Der Stabilitätspakt, der eine Konvergenz zwischen den nationalen Volkswirtschaften schaffen soll, wird die Probleme lediglich vergrößern, indem er den Staaten, die durch ihre Teilnahme an der Währungsunion dem größten Druck ausgesetzt sind, eine unangemessene Haushaltspolitik aufzwingt.

Die Möglichkeit zur Änderung des nationalen Wechselkurses stellt ein Sicherheitsventil dar, das durch eine einheitliche Währung blockiert wird. Der Druck, der durch eine Abwertung oder Neubewertung der nationalen Währung hätte beseitigt werden können, wird sich stattdessen immer nachdrücklicher aufbauen und Arbeitsplätze, Unternehmen, Immobilienpreise und Aktienpreise belasten. Eingeschränkt durch den Stabilitätspakt, werden die nationalen Regierungen wenig tun können, um diesen nachteiligen Auswirkungen entgegenzuwirken. Die Bevölkerung erwartet jedoch von ihren nationalen Regierungen wirtschaftlichen Nutzen. Wenn die Währungsunion Schwierigkeiten verursacht, möchten Sie einen Politikwechsel sehen. Die Regierungen werden die Politik jedoch nicht ändern können, da ihnen die Hände gebunden sind. Ein Regierungswechsel wird keinen Unterschied machen, wenn die neue Regierung die Verpflichtung gegenüber der einheitlichen Währung und dem Stabilitätspakt weiterhin akzeptiert. Angesichts der Unmöglichkeit, einen Politikwechsel mit

¹² Margaret Thatcher, *Britain and Europe*, London, Conservative Political Centre, 1988.

¹³ Norman Lamont, *Sovereign Britain*, London, Duckworth, 1995; “The People will Kill the Euro”, Daily Telegraph, 30. März 1998.

demokratischen Mittel durchzusetzen, wird die Bevölkerung zunehmend zu direkten Maßnahmen greifen und extremistische Parteien und Gruppen unterstützen.

John Redwood, der Sprecher der Konservativen für Handel und Industrie, führt ähnliche Argumente an.¹⁴ Eigenartigerweise greift er, ein Befürworter der Marktwirtschaft, das Argument der Linken auf, daß die Maastrichter Konvergenzkriterien “in Westeuropa Arbeitsplätze zerstören und zu Steuerhöhungen führen werden”.¹⁵ Zudem argumentiert er, daß die meisten britischen Unternehmen nationale und lokale Märkte bedienen und somit von den Einsparungen bei Devisengeschäften, die sich aufgrund der einheitlichen Währung ergeben, nicht profitieren werden. Vielmehr werden sie die Kosten für die Umstellung des britischen Pfundes auf Euro tragen müssen, die Redwood auf 2 Milliarden Pfund oder mehr beziffert. Aber sein Hauptargument ist nicht in erster Linie wirtschaftlicher Natur: es betrifft die Auswirkungen der einheitlichen Währung in bezug auf die Verdrängung der nationalen britischen Identität zugunsten einer europäischen Scheinidentität.

Ebenso wie Lamont bringt er die einheitliche Währung mit verschiedenen anderen Symbolen der nationalen Einheit in Verbindung, die die EU im Laufe der Jahre eingeführt hat: einen gemeinsamen Paß, eine Fahne, eine Hymne, ein Parlament, einen obersten Gerichtshof und eine Exekutive. Für Redwood wird das Argument, daß die EU kein in der Entstehung befindlicher supranationaler Staat ist, durch diese Symbole widerlegt. Eine einheitliche Währung wird nicht nur ein weiteres Symbol sein, sondern das wichtigste Symbol nach einer europäischen Armee.

Die EU ist nicht nur in ikonographischer Hinsicht dabei, eine Eigenstaatlichkeit aufzubauen: sie erlangt auch die damit verbundene Macht. Die Fähigkeit der Briten, sich selbst zu regieren, wurde dadurch bereits erheblich geschwächt. Entscheidungen, die einst vom Parlament getroffen wurden, werden nun in Brüssel gefällt. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) ist befugt, demokratische Entscheidungen des britischen Parlaments rückgängig zu machen. Redwood führt den Fall der spanischen Fischer an, der in Großbritannien nach wie vor erheblichen Unmut verursacht.¹⁶ Zuerst wurde ein Gesetz des Parlaments einstweilig aufgehoben und anschließend vom EuGH rückgängig gemacht. Dies ist insofern eine alarmierende konstitutionelle Entwicklung, weil noch niemals ein Gericht befugt war, einen Beschluss des Parlaments einstweilig aufzuheben, geschweige denn rückgängig zu machen. Dann, um das Ganze noch schlimmer zu machen, entschied der EuGH, daß die spanischen Fischer finanziell dafür entschädigt werden müßten, daß sie nicht in britischen Gewässern fischen durften.

Durch den Beitritt zur Währungsunion würde die britische Demokratie weiter untergraben, weil nicht mehr das Parlament wirtschaftliche Entscheidungen treffen würde, sondern eine nicht gewählte europäische Zentralbank. Für Redwood ist dies der bislang größte Schritt auf dem Weg zu einem Staat namens Europa. Der nächste Schritt, so glaubt er, wird eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sein. Dies würde wiederum bedeuten, daß eine gemeinsame europäische Armee geschaffen wird. Mit diesem Ereignis würde der Verlust des

¹⁴ John Redwood, “Can British National Identity Survive Further European Integration?” (Debatte mit Sir Leon Brittan) Politics Review, Band 6, Nr. 4, April 1997, S. 23; John Redwood, Our Currency, our Country: The Dangers of European Monetary Union, London, Penguin, 1997.

¹⁵ Redwood, “Can British National Identity Survive?” S. 23.

¹⁶ Redwood, “Can British National Identity Survive?” S. 23.

britischen Mitspracherechts in der Weltpolitik und die politische Eigenständigkeit der Briten zur endgültig und unwiderruflich.

Der europäische Staat, wie ihn sich Redwood vorstellt, wäre nicht stabil. Er lehnt das Argument ab, daß nur durch eine engere Integration ein Krieg in Europa verhindert werden kann: „die Nationen in Westeuropa sind friedliebende Demokratien“.¹⁷ Der europäische Staat, der entstehen würde, bestünde aus bis zu vierzig Quebecs, die alle das Gefühl hätten, daß sie an Macht und Einfluß verloren haben und versuchen, aus einem Staat namens Europa auszubrechen.

Lamont führt dasselbe Argument in bezug auf die Notwendigkeit einer europäischen Integration an, um den Frieden in Europa zu bewahren. Er erklärt, daß der Zusammenbruch der Sowjetunion, der wachsende Wohlstand und die Festigung der demokratischen Systeme die Argumente überholt haben, die vielleicht unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg relevant waren.

Am weitesten treibt jedoch Michael Portillo, ein anderer ehemaliger konservativer Minister, diese Argumentation.¹⁸ Zwar akzeptiert Portillo, daß es überzeugende wirtschaftliche Argumente gegen eine einheitliche Währung gibt, er beharrt aber dennoch darauf, daß das Projekt in erster Linie politisch motiviert ist, was die Menschen in Großbritannien nur schwer nachvollziehen können. Er zitiert Bundeskanzler Kohl: „Wir möchten die politische Einigung Europas. Ohne Währungsunion kann es keine politische Union geben und umgekehrt“.¹⁹

Portillo erkennt an, daß diejenigen, die eine engere europäische Integration befürworten, von dem Wunsch geleitet werden, Frieden und Stabilität zu sichern. Er vertritt jedoch den Standpunkt, daß deren Bemühungen in die falsche Richtung gehen. Die beste Garantie für Sicherheit und Frieden ist Demokratie, und die Institutionen, die für die einheitliche Währung verantwortlich sein werden, die Europäische Zentralbank und die Europäische Kommission, sind nicht demokratisch.

Falls Großbritannien der Währungsunion beitritt, würde die Regierung die Kontrolle über die Höhe der öffentlichen Ausgaben und der Besteuerung verlieren. Die für die Inflationsrate und die Arbeitslosenquote ausschlaggebenden Entscheidungen über die Zinssätze würden jedoch von der Europäischen Zentralbank getroffen. Die Bevölkerung wäre verärgert und fühlte sich betrogen, wenn sie beobachten müsste, daß ihre demokratisch gewählte Regierung weniger Einfluß hat als nicht gewählte Institutionen irgendwo in Europa. Sie würden das Gefühl haben, daß Wahlen nichts daran ändern, wer die Entscheidungen trifft oder welche Entscheidungen getroffen werden. Dies würde die Demokratie untergraben. Die Wähler würden anfällig für extremistische Einflüsse.

Aber die Lösung kann auch nicht darin bestehen, dem Europäischen Parlament mehr Befugnisse zu übertragen. In Reaktion auf die Begründung des deutschen Bundesverfassungsgerichts, daß es keine wirkliche Demokratie ohne ein Staatsvolk geben könne, vertritt Portillo den Standpunkt, daß demokratische Verantwortlichkeit auf

¹⁷ Redwood, “Can British National Identity Survive?” S. 23.

¹⁸ Michael Portillo, *Democratic Values and the Currency*, London, Institute of Economic Affairs, Occasional Paper 103, 1998.

¹⁹ Portillo, *Democratic Values*, S. 17, Zitat aus der Rede von Helmut Kohl vor dem Europarat am 28. Sept. 1995.

europäischer Ebene nicht herbeigeführt werden kann, weil es kein europäisches Volk gibt. Demokratie kann nur im Kontext der nationalen Kulturen funktionieren. Falls der Versuch unternommen wird, die verschiedenen Völker Europas in eine künstliche Union zu zwingen, wird der Nationalismus eher geschürt denn abgeschafft. Die Völker Europas sind zu unterschiedlich, ihre Geschichte, Kultur und Werte zu verschieden, als daß sie in einem Staat zusammengefaßt werden könnten.

Alle konservativen Euroskeptiker beschäftigen sich daher mit demselben Thema: die Gefahren eines supranationalen europäischen Staates, der durch die Währungsunion unvermeidbar wird. Diese negative Einstellung sollte jedoch nicht einfach als Versuch abgetan werden, die Kontrolle über die Conservative Party zu erlangen, durch das Schüren der Vorurteile derer einfachen Mitglieder. Man muß sich ernsthaft mit der Frage der Legitimität eines Systems auseinandersetzen, das sich zu weit von den Menschen entfernt. Die konservativen Euroskeptiker sind nicht bereit, den Nationalismus als Grundlage für diese Legitimität aufzugeben, was in einer modernen Welt als rückständige Einstellung angesehen werden könnte. Es muss ihnen aber zugute gehalten werden, dass sie sich zumindest mit dieser politischen Frage beschäftigen, während ihre konservativen proeuropäischen Gegner dagegen dazu neigen, diese zu ignorieren und davon auszugehen, daß eine engere wirtschaftliche Integration in die EU automatisch materielle Vorteile für das britische Volk haben werde, und daß dies ausreichen werde, den Verlust der nationalen politischen Kontrolle bei wichtigen wirtschaftlichen Entscheidungen zu rechtfertigen. Dies ist eine waghalsige Spekulation angesichts der britischen Erfahrungen in den ersten 25 Jahren der Mitgliedschaft.

DIE DEBATTE IM LINKEN LAGER

Wie im rechten Lager, so drehten sich auch die Diskussionen im linken Lager in letzter Zeit um die Frage, ob Großbritannien der Währungsunion beitreten sollte, seitdem klar ist, daß diese in jedem Fall kommen wird. Im Zuge dieser Debatte kommen allerdings auch die unterschiedlichen Einstellungen gegenüber der EU insgesamt zum Ausdruck.

Die proeuropäische Linke.

Der Standpunkt des linken Flügels in bezug auf eine britische Teilnahme an der Einführung des Euro wird kurz von Dan Corry, dem leitenden Wirtschaftswissenschaftler am Institute for Public Policy Research dargelegt.²⁰ Für Corry besteht die Idee, die dem europäischen Projekt insgesamt und der Währungsunion im besonderen zugrundeliegt, darin, "nationale Rivalitäten zu überwinden und den Einfluß staatlicher Maßnahmen zu bündeln, um in einer Welt standzuhalten, die ansonsten von unberechenbaren multinationalen Unternehmen und globalem Kapital dominiert wird".²¹ Für die Linke besteht das grundlegende Problem darin, ob die Währungsunion dazu beiträgt, Zielsetzungen wie Wachstum, Schaffung von Arbeitsplätzen, sozialen Zusammenhalt, Demokratie und nachhaltigen Umweltschutz zu realisieren. Corry vertritt die Ansicht, daß dies der Fall ist.

Durch den Wegfall von Wechselkursschwankungen wird die Währungsunion zu höheren Investitionen, mehr Handel und mehr Stabilität führen. Diese wird den Verbrauchern zugute kommen, weil es in ganz Europa eine größere Transparenz bei der Preisfestsetzung und mehr Wettbewerb geben wird. Außerdem wird der Binnenmarkt besser funktionieren und die Zinssätze sinken. Diesen allgemeinen wirtschaftlichen Vorteilen fügt Corry noch einige Vorteile aus der Perspektive des linken Flügels hinzu.

In erster Linie wird die Macht von Währungsspekulanten über das britische Pfund beendet. Dies ist ein besonders wichtiger Punkt für die Linke in Großbritannien, weil der Druck auf das Pfund frühere Labour-Regierungen geschwächt hat.²²

"Nie wieder wird eine Labour-Regierung ständig abwarten müssen, um festzustellen, wie die Devisenhändler ihre jüngsten Maßnahmen aufnehmen. Nie wieder wird eine Labour-Regierung unter einer Währungskrise leiden"²³.

Zweitens werden die wichtigsten Zielsetzungen von New Labour mit größerer Wahrscheinlichkeit im Kontext einer Währungsstabilität erreicht. Wechselkursschwankungen schwächen die Grundlage für sozialen Zusammenhalt, Partnerschaft, Solidarität und

²⁰ Dan Corry, "Why the Left Should be for EMU" in Dan Corry und Jonathan Michie, EMU: The Left Debate Sheffield, Political Economy Research Centre, Policy Paper Nr. 4, 1997, S. 1-10.

²¹ Corry, "Why the Left" S. 1.

²² Für eine kurze Zusammenfassung des Verhältnisses der Labour Party zum britischen Pfund siehe Andrew Gamble und Gavin Kelly, "The British Labour Party and Monetary Union". Das Dokument wurde bei einer Konferenz zu dem Thema "Sozialdemokraten und die Währungsunion" am 30.-31. Mai 1998 in Oslo vorgestellt. Erhältlich bei dem Political Economy Research Centre, Universität Sheffield.

²³ Corry, "Why the Left..." S. 3.

Gerechtigkeit. Corry assoziiert somit die von der Währungsunion erhoffte Stabilität mit dem größeren Projekt der Umstrukturierung Großbritanniens, das der Mitte-Links-Flügel ausgearbeitet hat.²⁴

Links von Corry, aber nahezu mit derselben Einstellung in bezug auf diese Angelegenheit, ist John Palmer anzusiedeln, bis vor kurzem der langjährige Brüsseler Korrespondent des *Guardian*.²⁵ Palmer vertritt den Standpunkt, daß das größte Problem, dem die Linke heutzutage gegenübersteht, darin besteht, wie man den negativen Auswirkungen der Globalisierung auf Arbeitsplätze, Gemeinden und Umwelt gegenübertraten soll. Diese Bedrohungen können nicht von einzelnen Staaten alleine abgewehrt werden. Die richtige Antwort, so glaubt Palmer, sei das Teilen staatlicher Souveränität in Schlüsselbereichen, wie Währungspolitik, soziale Rechte, Menschenrechte und Umwelt. Die EU ist bereits eine solche Struktur zur gemeinschaftlichen Ausübung von Souveränität.

Palmers Standpunkt, daß die EU das Potential besitzt, um als treibende Kraft dem globalen Kapital Regeln aufzuerlegen und es zu größerer Verantwortlichkeit zu zwingen, ist ein Spiegelbild dessen, was die Befürworter der EU auf der Rechten vorbringen. Es ist eine interessante Gegenposition zum oft von Sir Leon Brittan angeführten Standpunkt, daß die EU eine machtvolle Kraft zur Erschließung von Märkten auf globaler Ebene darstellt.

Palmer betont, daß sich die Linke für ein System demokratischer Regierung auf globaler Ebene einsetzen sollte. Aus diesem Grund macht er seine Unterstützung der Währungsunion davon abhängig, ob sie mit einer Stärkung der demokratischen Elemente der EU einhergeht. Er möchte, daß sowohl das Europäische Parlament als auch die nationalen Parlamente stärker an EU-Entscheidungen beteiligt werden und daß die Regionen, lokalen Gemeinden und „die Organisationen der Arbeits- und Zivilgesellschaft“ ein größeres Mitspracherecht erhalten“.²⁶

Selbst absolut überzeugte Pro-Europäer der Linken sind über den Grad der demokratischen Kontrolle und somit über die Legitimität des EU-Systems besorgt. David Marquand, einer der führenden britischen Intellektuellen der Linken warnte schon 1982 davor, daß die Wirtschafts- und Währungsunion von den Fortschritten im Hinblick auf eine politische Union abgekoppelt wird.²⁷ Dies ist genau das, was nach Ansicht vieler im proeuropäischen linken Lager geschehen ist. Donald Sassoon behauptet, daß die Wirtschaft zu lange die treibende Kraft der EU gewesen ist, während die Politik erst an zweiter Stelle kam. Er glaubt, daß nun ein geeigneter politischer Rahmen für weitere wirtschaftliche und soziale Fortschritte geschaffen werden muß. „Der Grundsatz sollte nun lauten: *la politique d'abord*“, so Sassoon.²⁸

Die Annahme einer politischen Agenda sollte jedoch nicht einfach nur eine Ausweitung der Befugnisse des Europäischen Parlaments bedeuten. Während das Problem, Legitimität für

²⁴ Siehe zum Beispiel Will Hutton, *The State We're In*, London, Jonathan Cape, 1995; Gavin Kelly, Dominic Kelly und Andrew Gamble (Herausgeber), *Stakeholder Capitalism*, Basingstoke, Macmillan, 1997.

²⁵ John Palmer und Colin Hines, „For Good or Evil?“ Red Pepper, August 1998, S. 18-21.

²⁶ Palmer und Hines, „For Good or Evil?“ S. 19.

²⁷ David Marquand, „The Politics of Monetary Union“, in *The New Reckoning*, Cambridge, Polity, 1997, S. 93-109.

²⁸ Donald Sassoon, *Social Democracy at the Heart of Europe*, London, IPPR, 1996, S.. 11-12.

demokratische Verfahrensweisen auf europäischer Ebene zu schaffen, für die euroskeptische Rechte ein Grund ist, nicht mit der europäischen Integration fortzufahren, stellt dies für den linken Flügel von New Labour eine politische Herausforderung dar.

Sassoon tritt für eine europäische Charta ein, die die Rechte der europäischen Bürger umfasst, aber auch festlegt, welches die Zielsetzungen und die Werte der Union sind, wie die kulturellen und politischen Rechte von Einzelpersonen und Nationen geschützt und gestärkt werden sollen, und wie die Entscheidungsstrukturen innerhalb der Union gestaltet sind. Diese Charta würde zum Bestandteil der unumstößlichen Kernverpflichtungen einer EU-Mitgliedschaft, dessen kein Mitgliedstaat sich entziehen könnte.

“Die Charta würde alle Europäer wirklich an der Union beteiligen. Die EU würde so betrachtet, daß sie die Rechte der Menschen, die sie als nationale Bürger bereits haben, bestätigt und ihnen in einigen Fällen neue Rechte verschafft. Sie würde der Wahrnehmung der Union als rein wirtschaftliches Konstrukt entgegenwirken und dazu beitragen, den Nordeuropäern die Angst davor zu nehmen, daß durch die Integration die bestehenden sozialen Rechte beschnitten werden. Zudem würde den Menschen die Angst davor genommen, daß die nationalen kulturellen Unterschiedlichkeiten verschwinden.”²⁹

Obwohl Sassoons Charta mehr bewirken soll als lediglich eine Bestätigung der Rechte der europäischen Bürger, wird die Staatsbürgerschaft als ein Mittel betrachtet, um die Bindung zwischen der EU und ihren Bürgern herzustellen - eine bedeutende Lücke in der gegenwärtigen Situation. Sassoons Charta würde die Menschenrechte und die sozialen Rechte festschreiben und somit eine Garantie für die Bürger darstellen, daß ihre eigenen Regierungen sie dieser Rechte nicht berauben können.

Im linken Lager fand eine ausführliche Debatte statt, und eine noch lebhaftere in der akademischen Gemeinschaft, über die Wirksamkeit der Staatsbürgerschaft als Brücke zwischen der EU und den Menschen. Síofra O’Leary beispielsweise bezweifelt, dass die europäische Staatsbürgerschaft, insbesondere in ihrer gegenwärtigen Form, all das leisten kann, was von ihr erwartet wird und vertritt den Standpunkt, daß diese ausschließenden Charakter hat, weil Staatsangehörigen aus Drittländern die europäische Staatsbürgerschaft verweigert wird, auch wenn sie genauso lange in einem Mitgliedstaat gelebt und gearbeitet haben wie Staatsangehörige aus anderen Mitgliedstaaten.³⁰

Beiläufig erwähnt Sassoon auch, dass die von ihm vorgeschlagene Charta, die sich mit den Befugnissen des Europäischen Parlaments beschäftigt, diesem nicht an sich einen besseren Status und mehr Ansehen verschaffen kann. Dies könnten nur die Mitglieder des Europäischen Parlaments selbst erreichen, wobei er anmerkt, daß “die Mitglieder des Europäischen Parlaments sich immer noch viel zu sehr wie Delegierte ihrer Mutterparteien

²⁹ Sassoon, Social Democracy at the Heart of Europe, Zusammenfassung, S. iv.

³⁰ Síofra O’Leary, European Union Citizenship: Options for Reform, London, IPPR, 1996. Diese Frage darüber, ob die EU bei dem Versuch, das Problem der mangelnden Identifikation ihrer Bürger, Gefahr läuft, eine Gemeinschaft zu werden, die andere Völker ausschließt, hat den linken Flügel von New Labour viel beschäftigt und eine Debatte auf breiterer Ebene ausgelöst. Siehe Paul Howe, “A Community of Europeans: The Requisite Underpinnings” Journal of Common Market Studies, 33(1), 1995, S. 27-46; Theodora Kostakopoulou, “Why a ‘Community of Europeans’ Could be a Community of Exclusion: A Reply to Howe”, Journal of Common Market Studies, 35 (2), 1997, S. 301-8; Paul Howe, “Insiders and Outsiders in a Community of Europeans: A Reply to Kostakopoulou”, Journal of Common Market Studies, 35 (3), 1997, S. 309-14.

verhalten und noch nicht in ausreichendem Maß transnational denken".³¹ In einem anderen Beitrag zur Debatte, wie die Bindung zwischen den Bürgern und der EU institutionalisiert werden könnte, schlägt Mark Leonard die Gründung von multinationalen politischen Parteien vor. Leonard ist sich zwar der Schwierigkeiten bei der Gründung von wahrhaft europäischen Parteien bewußt, aber er glaubt, daß diese die einzige wirkliche Lösung für den Ausgleich des demokratischen Defizits sind, das er lieber als "politisches Defizit" beschreibt.³²

Leonard ist der führende europäische Experte des Think-tank Demos, das eng mit der New Labour-Regierung verbunden ist, obwohl Leonards Vorstellungen zum Thema europäische politische Parteien von dieser Seite nicht gerade mit Begeisterung aufgenommen wurden. Er zitiert Lord Whitty, den europapolitischen Koordinator der Labour Party, wie er in einem Interview ausrief: "Echte europäische Parteien? Nicht solange ich lebe!"³³ Andere Anregungen aus derselben Quelle wurden von der Regierung jedoch besser aufgenommen.

In einer Reihe von Fachseminaren, Diskussionen mit Zielgruppen, ausführlichen Gesprächen und Meinungsumfragen, die im Verlauf von sechs Monaten in den Jahren 1997-98 durchgeführt wurden, versuchte Demos herauszufinden, welche Vorstellung die Menschen in Europa von der EU haben und was sie in Zukunft von ihr erwarten. Die Resultate fanden Eingang in ein anderes Pamphlet, das von Mark Leonard geschrieben wurde.³⁴ Hier vertritt er den Standpunkt, daß sich die EU in einer Legitimitätskrise befindet, weil die Menschen sie nicht als eine Organisation anerkennen, die sich um ihre Sorgen und Ängste kümmert. Obwohl sich viele Menschen infolge vermehrter Auslandsreisen, des Verschwindens nationaler Grenzen bei Lebensmitteln und Eßgewohnheiten und sogar wegen der Mobilität von Fußballern in Europa als „Europäer“ fühlen, bringen sie dieses Gefühl des "Europäischseins" nicht mit der EU in Zusammenhang. Für sie ist die EU zu weit entfernt und zu bürokratisch. Sie wissen, was sie von ihr erwarten: in allererster Linie möchten sie, daß die EU die Probleme der Arbeitslosigkeit, Armut und Ausgrenzung bekämpft, daß sie Frieden und Sicherheit bewahrt, und daß sie die Umwelt schützt. Stattdessen sehen sie eine Organisation, die sich ständig mit der Landwirtschaft, Haushaltsbeiträgen und der Reform der Institutionen beschäftigt.

Die meisten Menschen sind nicht der Ansicht, daß sie persönlich greifbare Vorteile von der EU haben. Auch die offizielle Linie in bezug auf das, wofür die EU steht, kann sie nicht begeistern. Die Friedensmission, die insbesondere von Bundeskanzler Kohl immer noch zitiert wird, stösst auf wenig Resonanz bei jungen Menschen. Sie können sich einen Krieg zwischen den Mitgliedstaaten der EU nicht vorstellen, und sie halten die EU angesichts des Krieges im ehemaligen Jugoslawien für handlungsunfähig. Dem Argument, daß die EU der Schlüssel zum Wohlstand sei, schenken sie keinen Glauben in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Unsicherheit. Viele Menschen machen die Maastrichter Konvergenzkriterien für ihre wirtschaftlichen Probleme verantwortlich. Die Rolle der EU als Garant für Demokratie ist nicht glaubhaft für Menschen, die ihr Beschußfassungssystem

³¹ Sassoon, Social Democracy at the Heart of Europe, S. 36.

³² Mark Leonard, Politics without Frontiers: The role of political parties in Europe's future, London, Demos, 1997.

³³ Leonard, Politics without Frontiers, S. 69.

³⁴ Mark Leonard, Rediscovering Europe, London, Demos, 1998.

nicht verstehen, und die glauben, daß sie die Befugnisse der nationalen demokratischen Institutionen, an die sie gewöhnt sind, einschränkt.

Eine Ausweitung der Befugnisse des Europäischen Parlaments wird an sich das Problem nicht lösen, weil die Menschen es nicht als eine sinnvolle demokratische Institution anerkennen. Die europäische Staatsbürgerschaft wird die Menschen nicht enger an die EU binden, wenn sie ihnen nicht wirkliche Rechte überträgt. Gegenwärtig gewährt sie das Recht, an den Wahlen zum Europäischen Parlament und an Kommunalwahlen in einem anderen Mitgliedstaat teilzunehmen, falls man dort ansässig ist. Dies hat für die große Mehrheit der EU-Bürger keine Bedeutung. Die positiven Rechte, mit denen Staatsbürgerschaft auf nationaler Ebene verbunden ist - Menschenrechte und zivile Rechte, politische Rechte, soziale Rechte - fallen nicht in erster Linie in den Zuständigkeitsbereich der EU. Bei dem Aufbau einer europäischen Identität stellt sich die Frage, was das „Europäischsein“ ausmacht. Es war vielleicht einmal das Christentum, heute aber koexistieren eine Vielzahl von Religionen in Europa. Dasselbe gilt für die Volkszugehörigkeit, welche ohnehin ein schwieriges Thema darstellt. Demokratie ist ein universeller Wert, der eher mit Washington DC als mit dem alten Athen in Zusammenhang gebracht wird. Die Symbole, wie etwa die Flagge, sind ohne Bedeutung, solange sie nicht mit einem klaren Inhalt darüber, was Europa bedeutet, in Verbindung gebracht werden.

Ein weiterer Ansatz in bezug auf das von Leonard identifizierte Problem der mangelnden Legitimität war der Versuch, eine verbesserte Kommunikation zu betreiben. Auch wenn es stimmt, daß viele Fehlinformationen über die EU im Umlauf sind, und daß die Kommission es in der Vergangenheit versäumte, die Öffentlichkeit unmißverständlich über ihre Leistungen zu informieren, besteht die Ursache des Problems nicht darin, daß die Menschen nicht genug darüber wissen, was die EU macht, sondern darin, daß die EU nicht das macht, was sie von ihr erwarten. Anstatt die Kommunikation in eine Richtung zu verbessern, sollte die EU nach Möglichkeiten zur Verbesserung der Kommunikation in beide Richtungen suchen, einen Dialog aufzubauen. Wenn die politischen Leitpersonen ein offenes Ohr dafür hätten, was die Menschen möchten und versuchten, dem gerecht zu werden, würde sich das Legitimitätsproblem von selbst lösen.

Leonard schlägt sieben Möglichkeiten vor, wie sich die EU entwickeln könnte, um für die Menschen in Europa mehr Bedeutung zu gewinnen:

- durch die Bekämpfung von Problemen, die die Staaten alleine nicht lösen können, wie beispielsweise internationale Kriminalität und Umweltprobleme
- durch die Bereitstellung von mehr Mitteln für wissenschaftliche und technologische Forschungen auf EU-Ebene
- durch die Verbesserung öffentlicher Verkehrsmittel, um berufliche und private Reisen zu vereinfachen
- durch die Bereitstellung von mehr Mitteln zur Unterstützung der Lebensqualität in Städten und weniger zur Unterstützung des ländlichen Raumes
- durch die Auseinandersetzung mit den vorrangigen Anliegen der Menschen: Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung

- durch Massnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität, wie etwa weitere Arbeitszeitbeschränkungen oder den Schutz von außergewöhnlich schönen Naturlandschaften
- durch die Betonung der Tatsache, daß Europa ein Kontinent der Vielfalt ist - im Hinblick auf Kulturen, Religionen und Formen wirtschaftlicher Aktivitäten - und durch die Abkehr von uniformitätssteigernden Entwicklungen.

Diese Themen sind in das Programm von New Labour für den britischen EU-Vorsitz im ersten Halbjahr 1998 eingeflossen. Sie könnten die Neuformulierung der künftigen europapolitischen Position der britischen Regierung prägen.

Die euroskeptische Linke

Ein euroskeptischer linker Standpunkt wird in einer Reihe von Publikationen einer Gruppe von Wirtschaftswissenschaftlern der European Economies Research Unit an der Universität Bradford vertreten.³⁵ Sie behaupten, daß die europäische Währungsunion ein gefährliches Experiment sei, „ein Sprung ins Ungewisse“. Niemals zuvor in der Geschichte habe es eine Währungsunion ohne politische Union gegeben, und kein souveräner Staat sei jemals bereit gewesen, seine Währung aufzugeben. Niemand kenne die genauen Auswirkungen, und diese könnten durchaus negativ sein. Unter den gegebenen Umständen sei es klug, wenn Großbritannien zum jetzigen Zeitpunkt nicht an der Währungsunion teilnehme.

Zudem vertreten sie den Standpunkt, daß die britische Situation bestimmte Besonderheiten aufweist, die eine Teilnahme für Großbritannien besonders risikoreich machen. Die britische Wirtschaft unterscheidet sich grundlegend von den Volkswirtschaften auf dem europäischen Kontinent. Großbritannien habe ein größeres Volumen bei Exporten im Bereich der Hochtechnologie, seine Wirtschafts- und Unternehmensstruktur sei eher dienstleistungsorientiert. Das Land hat einen kleineren Agrarsektor und größere Öl- und Gassektoren sowie einen größeren Finanzsektor, und Auslandsinvestitionen spielen eine größere Rolle. Die britische Währung ist enger an den US-Dollar als an irgendeine europäische Währung gekoppelt und seine außereuropäischen Exporte sind höher und wachsen schneller. Großbritannien hat auch weniger ungedeckte Pensionszusagen als andere Staaten. Zudem gibt es weitaus mehr Menschen, die variabel verzinsliche Hypotheken aufgenommen haben, wodurch die Auswirkungen von Änderungshaushalten auf den kurzfristigen Zinssatz zunehmen.

Die Einwände dieser Wirtschaftswissenschaftler bestehen jedoch nicht nur darin, daß Großbritannien sich von anderen EU-Mitgliedern unterscheidet. Sie halten die Währungsunion an sich für einen Fehler. Sie habe negative Auswirkungen auf die gesamte EU und mache Deflationsmaßnahmen zu einem festen Bestandteil der Politik. In Anklang an die Argumente der Rechten glauben sie, daß den demokratisch gewählten nationalen Regierungen die Kontrolle über die Währungspolitik entzogen und an nicht gewählte zentrale

³⁵ Brian Burkitt und Mark Baimbridge, „Britain and the European Community: Past, Present ... and an Unravelling Future?“, in Martin Holmes (Herausgeber) *The Eurosceptical Reader*, London, Macmillan, 1996, S. 167-85; Mark Baimbridge, Brian Burkitt und Philip Whyman, „Economic and Monetary Union in Europe: A Critical British Perspective“ *New Political Economy* 2(3), 1997, S. 491-5; Brian Burkitt, Mark Baimbridge und Philip Whyman, *A Price Not Worth Paying: The Economic Cost of EMU*, London, Nelson & Pollard, 1997.

Bankiers übertragen werde, und daß die Kontrolle über die Fiskalpolitik durch den Stabilitätspakt erheblich eingeschränkt werde. Wie auch ihre Gegenüber im rechten Lager sehen sie in der Kombination von Deflationsmaßnahmen und einem größer werdenden Demokratiedefizit das Potential für die wachsende Unterstützung von rechtsextremistischen nationalistischen Parteien.

Ihren Bedenken in bezug auf die Auswirkungen der Währungsunion in Großbritannien liegt die Angst vor einer Deindustrialisierung zugrunde, die ihrer Ansicht nach durch die Mitgliedschaft in der EG/EU beschleunigt wurde. Weiterhin machen ihre Argumente in bezug auf die Währungsunion deutlich, daß sie nach wie vor davon überzeugt sind, die Arbeitslosigkeit könne durch die keynesischen Interventionsmaßnahmen abgebaut werden. Dieselben Überzeugungen kommen auch in den Argumenten anderer Gegner der britischen Beteiligung an der Währungsunion aus dem linken Lager zum Ausdruck.

Grundsätzlichere Einwände werden aus einer noch linksgerichteteren Perspektive von Jonathan Michie erhoben³⁶. Für Michie ist der Kern des Problems, daß „der Maastrichter Vertrag eine im wesentlichen marktwirtschaftliche Sicht dessen reflektiert, wie die Wirtschaft funktioniert“. Dies sollte keine Überraschung sein, weil er „von (und für) zentrale(n) Bankiers ausgearbeitet wurde“³⁷.

Aus der Sicht von Michie besteht das Problem für die Linke nicht darin, wieviele Währungen es in Europa gibt, sondern ob es ein Eingreifen der Regierung bei Wirtschaftsfragen geben werde, um sozial vorteilhafte Resultate zu forcieren oder ob die Argumente von Ökonomen, die das Laissez-faire-Prinzip vertreten, akzeptiert werden: daß man mit dem Markt konform gehen müsse, daß öffentliche Investitionen private Investitionen verdrängen werden, daß Fehlbeträge im Staatshaushalt für die Märkte nicht akzeptabel sein werden. Er glaubt, daß es sich lohnen würde, „einen neuen Superstaat“ zu gründen, falls dieser eine politische Kraft wäre, die in der Lage ist, den Marktkräften entgegenzuwirken. Aber für Michie ist klar, daß der Maastrichter Vertrag das Gegenteil bewirkt.

Er vertritt den Standpunkt, daß die EU durch das Binnenmarktprogramm und die Abschaffung der Devisenkontrollen die Macht des internationalen Kapitals, den Regierungen Vorschriften zu machen, vergrößert hat. Durch eine einheitliche Währung werde diese Macht weiter ausgebaut. Sie werde dazu führen, daß die Regierungen nur solche Programme durchführen, die dem internationalen Kapital zugute kommen. Dies werde schließlich zu einer politischen Gegenreaktion führen, die sich als unangenehm nationalistisch erweisen kann, so wie es in den 30er Jahren bereits der Fall war.

„Um effektiv auf die Herausforderungen von Wachstum und Beschäftigung sowie von Sozial- und Umweltpolitik zu reagieren, wird das genaue Gegenteil von dem notwendig sein, wofür der Maastrichter Vertrag steht.“³⁸

Michie macht die Deindustrialisierung für die europäische Krise, d.h. für niedriges Wachstum und Arbeitslosigkeit verantwortlich. Dies ist der Fall trotz der anhaltenden Nachfrage nach

³⁶ Jonathan Michie, „Why the Left Should be Against EMU“, in Dan Corry und Jonathan Michie, EMU: The Left Debate Sheffield, Political Economy Research Centre, Policy Paper Nr. 4, 1997, S. 11-17.

³⁷ Michie, „Why the Left Should be Against EMU“, S. 11.

³⁸ Michie, „Why the Left Should be Against EMU“, S. 12.

Industriegütern, die zunehmend von außerhalb Europas importiert werden müssen. Die einzigen Arbeitsplätze, die in Europa geschaffen werden, sind inzwischen schlecht bezahlte Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor.

Obwohl das Delors-Weißbuch die Aufmerksamkeit auf das Problem der Arbeitslosigkeit lenkte, wurde es bald von “der Maastrichter Zwangsjacke” kompromittiert und die positiven Elemente wurden beiseite geschoben. Pläne der Kommission, mit Lohnsteuersenkungen auf die Arbeitslosigkeit zu reagieren, ignorieren die Erfahrungen Großbritanniens. Dort sind die Lohnsteuerkosten genauso niedrig wie in den Vereinigten Staaten, aber die hohe Arbeitslosigkeit bleibt bestehen. Pläne zur Subventionierung von gering bezahlten ungelernten Arbeitskräften hätten lediglich den Effekt, die Anreize für Unternehmen, in Technologie zu investieren, zu verringern.

Der Vergleich mit den 30er Jahren ist in Michies Argumenten allgegenwärtig. Er verweist darauf, wenn er behauptet, daß es Großbritannien außerhalb der europäischen Währungsunion besser gehen wird. Er vertritt den Standpunkt, daß die Maastrichter Konvergenzkriterien eine Rezession in Europa verursacht haben und daß die Bedingung, die Währungspolitik müsse von einer unabhängigen Zentralbank geleitet werden, die in erster Linie der Preisstabilität verpflichtet ist, das Risiko birgt, die EU in eine dauerhafte Rezession zu stürzen. Er weist darauf hin, daß jene Länder, die in den 30er Jahren die Goldwährung abgeschafft haben, ein schnelleres Wachstum verzeichnet haben, als diejenigen, die versuchten, sie beizubehalten.

Michie scheint den Standpunkt zu vertreten, daß die Zusage der anderen führenden EU-Mitgliedstaaten zur Einführung der einheitlichen Währung den Vorschlägen, den die britische Linke in den 80er Jahren unter dem Titel “Alternative Economic Strategy” (AES) (“Alternative Wirtschaftsstrategie”) machte, neue Berechtigung verleihe. Dieses Argument wird an anderer Stelle von einem kongenialen Partner Michies und einem Befürworter dieser Haltung innerhalb der Labour Party, Bernard Moss, ausdrücklich angeführt.³⁹

Moss behauptet, daß die Maastrichter Version der Währungsunion die Regierungen verpflichtet, Löhne und Sozialausgaben zu senken. Gemäß der keynesischen Sichtweise läuft dies auf die Aussage hinaus, daß die Lösung für das Problem der Arbeitslosigkeit in der wettbewerbsfähigen Deflation liegt. Moss vertritt den Standpunkt, daß die Antwort im Wirtschaftswachstum liegt, das mit der Maastrichter Formel niemals erzielt werden kann. Er plädiert statt dessen für die Förderung des Wachstums durch den kontrollierten Einsatz von Abwertung und Inflation.

Zur Unterstützung seines Arguments weist Moss darauf hin, daß es den Volkswirtschaften derjenigen Staaten, die seit 1992 nicht mehr an dem Wechselkursmechanismus teilgenommen haben, viel besser ergangen ist als den Staaten, die dabei geblieben sind und die Regeln des Systems weiterhin befolgt haben. Die EU insgesamt könnte diesen Weg einschlagen, um das Wachstum zu stimulieren. Sie wird es jedoch wegen des Vorherrschens der allgemeinen Verpflichtung zu Laissez-faire-Maßnahmen und weil dies zu Meinungsverschiedenheiten mit den Vereinigten Staaten führen würde, die sowohl Großbritannien als auch Deutschland vermeiden möchten, nicht tun. Angesichts der Tatsache, daß es keine Aussicht auf eine koordinierte sozialistische Strategie auf europäischer Ebene gibt, besteht die Lösung darin,

³⁹ Bernie Moss, “EMU: what the government doesn’t want you to know”, Labour Left Briefing, April 1998, S. 14-15; Bernie Moss, “EMU and the ghost of Thatcher”, Labour Left Briefing, Juni 1998, S. 16.

eine sozialistische Strategie auf nationaler Ebene zu verfolgen, was bedeutet, nicht an der WWU teilzunehmen.

Moss tritt dafür ein, ein gewisses Inflationsniveau als Mittel zur Senkung der Arbeitslosigkeit zu gestatten. Dies ignoriert jedoch nicht die Tatsache, daß Inflation ein gefährliches Instrument ist, das seine Grenzen hat. Langfristig ist ein aktives Eingreifen seitens des Staates erforderlich, um strukturelle Probleme in der Wirtschaft zu bekämpfen. Dafür trat die britische Linke in den 80er Jahren unter dem Titel AES ein.

Die AES befürwortete die Umstrukturierung der britischen Wirtschaft nach vorübergehenden Kontrollen von Importen und Kapitalverkehr. Sie wurde von ihren Gegnern als „Umstellungswirtschaft“ charakterisiert. Schließlich trat sogar die Linke für ein koordiniertes Management der kapitalistischen Wirtschaft durch Kooperation mit anderen Regierungen in der EG ein. Moss behauptet, daß diese Möglichkeit mit der Annahme einer *Laissez-faire*-Philosophie beim Binnenmarktprogramm und dem Maastrichter Vertrag nicht mehr gegeben ist.

Das entscheidende Argument in der ursprünglichen Debatte der britischen Linken zwischen den Befürwortern der AES und den Befürwortern einer Kooperation auf europäischer Ebene waren die Erfahrungen der sozialistischen Regierung in Frankreich in den Jahren 1981 -1983. Diese versuchte, die Wirtschaft einseitig anzukurbeln und war gezwungen, den Versuch aufzugeben und statt dessen zu einer europäischen Strategie zu greifen. Michie und Moss erkennen an, daß ein koordiniertes Wachstum der europäischen Volkswirtschaften einseitigen Maßnahmen vorzuziehen ist. Da sie jedoch davon überzeugt sind, daß der Maastrichter Vertrag dies nicht bewirken kann, sprechen sie sich für ein einseitiges Beschäftigungswachstum in einem Staat aus, das sich dann auf andere Staaten „ansteckend“ auswirken könnte.⁴⁰ Mit diesem Standpunkt versuchen sie, die Geschichte neu zu schreiben, um zu zeigen, daß die sozialistische Regierung in Frankreich von 1981-83 mit ihrem Versuch, die Konjunktur anzukurbeln, nicht an den Realitäten der europäischen Wirtschaft scheiterte, sondern daß das Programm des linken Flügels niemals wirklich eine Chance hatte, erfolgreich zu sein. Die potentiellen Probleme der einseitigen Strategie waren sehr wohl bekannt, bevor die Sozialisten an die Regierung kamen. Auch die zusätzlich erforderlichen Maßnahmen waren eindeutig festgelegt worden, wurden jedoch nie umgesetzt. Die Strategie der Linken wurde nicht in die Tat umgesetzt und für unzulänglich befunden: sie wurde sabotiert.⁴¹

Mit ihrer Haltung beteiligen sich Michie und Moss nicht nur an einer Neuinterpretation der sozialistischen Regierung in Frankreich von 1981 - 1983, diese führt auch dazu, das Argument zurückzuweisen, das sowohl im linken als auch im rechten Lager in Zusammenhang mit der europäischen Debatte zu hören ist: Durch die Globalisierung sind nationale Konzepte zur Kontrolle des Kapitalismus überholt. Michie und Moss glauben nicht

⁴⁰ Michie, „Why the Left Should be Against EMU“, S. 16.

⁴¹ Bernard H. Moss, „Economic and Monetary Union and the Social Divide in France“, *Contemporary European History*, 7(2), 1998, S. 227-47; Bernard H. Moss, „France: Economic and Monetary Union and the Social Divide“ in Bernard H. Moss und Jonathan Michie (Herausgeber) *The Single European Currency in National Perspective: A Community in Crisis?* London, Macmillan, 1998, S. 58-86.

an die Globalisierung. Moss beschreibt sie als einen “Mythos” und “eine sich selbst erfüllende neoliberalen Prophezeiung”.⁴²

Durch diese Art der Argumentation gelangen Michie und Moss zu einer ähnlichen Analyse der Globalisierung wie die ausführlich von Hirst und Thompson vorgenommene.⁴³ Diese Autoren vertreten den Standpunkt, daß, obwohl die internationale Wirtschaft sich seit dem Ende des Nachkriegsbooms im Jahr 1973 verändert hat, sie nach wie vor eher eine internationale als eine globale Wirtschaft ist. Insbesondere behaupten sie, eine der Hauptveränderungen, nämlich die starke Zunahme an Finanzierungsströmen über nationale Grenzen hinweg, sei darauf zurückzuführen, daß die Regierungen freie Wechselkurse beschlossen haben und die Devisenkontrollen abgeschafft wurden. Die Mittel zur Kontrolle dieser Flüsse sind zwar vorhanden, was fehlt, ist aber der politische Wille. Weiterhin behaupten sie, daß die meisten großen Unternehmen nach wie vor im Grunde genommen nationale Unternehmen sind, die auch in anderen Ländern Geschäfte tätigen, anstatt wirklich transnationale Gesellschaften zu werden. Obwohl sie möglicherweise damit drohen, ihre Geschäftstätigkeit zu verlagern, wenn sie mit staatlichen Maßnahmen konfrontiert werden, die ihnen nicht gefallen, ist dies in der Praxis selten der Fall, da sie zu großen Verpflichtungen gegenüber ihren bestehenden Standorten haben.

Dennoch akzeptieren Hirst und Thomson, daß es durch die größere Internationalisierung der Weltwirtschaft für nationale Regierungen schwieriger wird, das System zu regulieren. Daher suchen sie nach neuen Formen der Regierung, einschließlich einer Kooperation von Regierungen innerhalb der EU, um die regulativen Aufgaben wahrzunehmen. Im Gegensatz dazu benutzen Michie und Moss diese Art der Analyse, um für einen erneuten Versuch einzutreten, den Kapitalismus durch das Eingreifen nationaler Regierungen zu regulieren.

Ausgehend von der Diskussion über die Ratsamkeit einer britischen Teilnahme an der Währungsunion treten Michie und Moss für eine Strategie ein, die jede britische Regierung in eine Situation bringen würde, die eine britische EU-Mitgliedschaft ernsthaft gefährden würde. Obwohl Moss und Michie erklären, daß sie nicht für einen Rückzug Großbritanniens aus der EU plädieren, ist es schwer vorstellbar, wie ihr einseitiger Ansatz mit einer Fortdauer der Mitgliedschaft vereinbar ist. Selbst in einem sich verändernden Europa besteht allgemeines Einverständnis darüber, daß die Mitglieder sich zu bestimmten gemeinsamen Kernpolitiken verpflichten müssen. Der Binnenmarkt ist eine davon.

Während Michie akzeptiert, daß eine sozialistische Strategie auf europäischer Ebene, so es sie denn gäbe, besser funktionieren würde als eine nationale Strategie, widerspricht Moss ihm, wenn er sagt, daß der Kapitalismus zwar von Natur aus international ist, weil er “eine allgemein verständliche Sprache des Profits” spricht, die Arbeitnehmer ihre Interessen jedoch nur in einem System von Werten (“soziale Normen”) wahren können, das auf europäischer Ebene nicht existiert. Europa ist durch sprachliche, kulturelle und politische Barrieren geteilt. Laut Moss gibt es kein europäisches Volk, Demokratie und Gemeinwohl sind nach wie vor in den nationalen Kulturen und Wertvorstellungen verwurzelt.⁴⁴ Mit dieser Argumentationslinie

⁴² Moss, “EMU” S. 14.

⁴³ Paul Q. Hirst and Grahame Thompson, *Globalization in Question : The International Economy and the Possibilities of Governance*, Cambridge, Polity Press, 1996.

⁴⁴ Moss, “EMU” S. 14.

gerät er an einen Punkt, wo er einem der Hauptargumente der rechten Europagegner sehr nahe kommt.

Moss greift ansatzweise wieder einen Standpunkt auf, der einst bei der Linken weit verbreitet war, in der gegenwärtigen Debatte jedoch noch nicht wieder aufgetaucht ist, nämlich die Ansicht, daß die Parlamentarische Demokratie in Großbritannien das Produkt einer jahrhundertelangen Entwicklung ist und nicht zerstört werden dürfe. Diese Meinung wurde von zwei ehemaligen Führern des linken Labour-Flügels, Michael Foot und Tony Benn, mit Nachdruck vertreten. Vielleicht ist die Tatsache, daß es in der gegenwärtigen Debatte fehlt, ein Zeichen dafür, daß man erkannt hat, daß dies zu sehr ein Lieblingsargument der Rechten ist, um für die Linke akzeptabel zu sein.

Eine andere Version des Arguments, daß für die Linke nationale Strategien geeigneter sind als europäische Strategien, ist diejenige, die mit der Grünen Partei in Zusammenhang gebracht wird, und die die Slogans "Lokal handeln, global handeln" und "Das Lokale auf globaler Ebene schützen" geprägt hat.⁴⁵ Diese Argumentation wird von Colin Hines in Erwiderung auf den proeuropäischen Sozialismus von Palmer, wie er oben dargelegt wurde, entwickelt.⁴⁶

Anders als Michie und Moss, die die Realität der Globalisierung in Abrede stellen, akzeptiert Hines ihre Existenz und stuft ihre Auswirkungen als schädlich ein. In dieser Hinsicht gibt es wenig Unterschiede zwischen Hines und Palmer. Sie unterscheiden sich jedoch erheblich darin, welche Lösungen sie für das Problem empfehlen. Während Palmer die EU demokratisieren und sie als Instrument gegen die Auswirkungen der Globalisierung einsetzen möchte, hält Hines dies für unmöglich, weil er der Ansicht ist, daß die EU, gemeinsam mit einem Großteil der übrigen Welt, von der Ideologie der Globalisierung dominiert wird.

Gemeinsam mit Michie und Moss vertritt Hines den Standpunkt, daß das Binnenmarktprogramm, die Abschaffung der Kapitalverkehrskontrollen und insbesondere der Maastrichter Entwurf für eine Währungsunion dazu beigetragen haben, Laissez-faire-Wirtschaftssysteme in Europa zu institutionalisieren. Verantwortlich dafür macht er den European Round Table of Industrialists, einer Organisation, die aus "45 überaus einflußreichen Industriekapitänen von transnationalen Unternehmen" besteht.⁴⁷ Diese ist nur eine aus der Reihe von Organisationen, die als globale Apostel der Ideologie der Globalisierung aufgetreten sind. Weitere sind der Rat für Auswärtige Beziehungen und die Trilaterale Kommission.

Der Gedanke, daß durch die Tätigkeit von solchen Organisationen eine ideologische Hegemonie geschaffen wurde, wird insbesondere mit Stephen Gill verbunden, der in diesem Zusammenhang eine Studie über die Trilaterale Kommission veröffentlicht hat.⁴⁸ Gills spezifischer Beitrag zur Währungsuniondebatte besteht in der Behauptung, daß Maastricht ein

⁴⁵ Colin Hines, *Act local, act global: Greening the European Union - a challenge to globalisation*, London, The Green Party, 1998.

⁴⁶ Palmer und Hines, "For Good or Evil?"

⁴⁷ Palmer und Hines, "Good or Evil?", S. 19.

⁴⁸ Stephen Gill, *American Hegemony and the Trilateral Commission*, Cambridge, Cambridge University Press, 1990.

Versuch ist, politische Verpflichtungen auf, wie er es nennt „orthodoxe marktmonetaristische Fiskal- und Währungspolitiken“⁴⁹ einzuengen.

Diese Argumentation läßt jedoch noch eine andere Schlußfolgerung zu: Wenn die intellektuelle Hegemonie der globalen marktwirtschaftlichen Ideen Realität geworden ist, ist es nicht mehr nur eine Sache von Institutionen, dieses System zu stützen. Die nationalen Regierungen werden sich ebenfalls diese Ideen zur Grundlage ihrer eigenen Meinung über das Gemeinwohl machen. Hines behauptet, daß die Lobbyisten, wie etwa der European Round Table of Industrialists, es somit geschafft haben, daß nicht mehr die Bedürfnisse der Bürger auf der Tagesordnung der Politiker stehen, sondern die Bedürfnisse der großen Unternehmen.

Wenn dies stimmt, dann gibt es keinen Grund, darauf zu vertrauen, daß gewählte Politiker Schutzbarrieren gegen die Globalisierung errichten, weil sie aufgrund rationaler Überlegungen verpflichtet sein werden, diese Schutzbarrieren abzubauen. Dies ist vermutlich einer der Gründe, warum Hines dafür plädiert, von unten nach oben Koalitionen aufzubauen. Denn er ist der Ansicht, daß die einzige Möglichkeit, den nachteiligen Auswirkungen der Globalisierung entgegenzuwirken, darin besteht, lokale Koalitionen zu schaffen, die Sozialisten, Umweltschützer und sogar konservative Gruppen, wie kleine und mittlere Unternehmen, die ebenfalls durch die Globalisierung Nachteile erleiden, einbeziehen.

“Im nächsten Jahrhundert wird die Trennlinie in der Politik nicht zwischen Links und Rechts verlaufen, sondern zwischen Befürwortern und Gegnern der Globalisierung”⁵⁰.

⁴⁹ Stephen Gill, “European Governance and the New Constitutionalism”, *New Political Economy*, 3(1), 1998, S. 5.

⁵⁰ Palmer and Hines, “For Good or Evil?”, S. 21.

SCHLUßFOLGERUNG

In Großbritannien werden zwei heftige Debatten über die Europäische Union geführt, eine im rechten und eine im linken Lager des politischen Spektrums. Trotz einiger Überschneidungen bei den Argumenten, insbesondere bei den wirtschaftlichen Argumenten für und wider eine britische Teilnahme an der Währungsunion, werden die Debatten separat geführt. Die Teilnehmer an der einen Debatte stützen sich äusserst selten auf die Argumente ihrer Gegenüber im anderen politischen Lager. Ein Buch wie das von Martin Holmes mit dem Titel *“The Eurosceptical Reader”* (Der euroskeptische Leser) konnte nur Erfolg haben, weil es eine Zusammenstellung von Argumenten der Linken und Rechten war, die ohne Kontext präsentiert wurden.⁵¹

Jede der Debatten beschäftigt sich mit einem völlig unterschiedlichen Thema. Für die Rechten besteht die zentrale Frage in der nationalen Identität. Die Bedeutung dieser Frage wurde von einer Gruppe von überwiegend irischen Schriftstellern in einer Essaysammlung hervorgehoben, die von Paul Gillespie für das Irish Institute of European Affairs herausgegeben wurde. Die Autoren vertreten den Standpunkt, daß Großbritannien in einer Identitätskrise steckt, die vier Dimensionen hat: die europäische, die atlantische, die innere und die irische Dimension⁵². Die europäische Dimension wirft grundsätzliche Fragen darüber auf, wie Großbritannien sich selbst und seinen Platz in der Welt sieht, stellt aber nicht das einzige Problem dar, das derlei Fragen aufwirft. Wie Brendan Halligan sagt: “Großbritanniens Identitätskrise ist vielschichtig, wobei sich beim Thema Europa ihr Tiefgang und ihre Intensität am deutlichsten zeigen. Sie ist insofern nicht grundsätzlicher Natur, als sie eine Auswirkung und keine Ursache ist. Die Ursachen des Problems liegen in den Fragen danach, wie sich Großbritannien selbst als Gesellschaft, Staatsform, Wirtschaftsmacht und Teilnehmer an internationalen Angelegenheiten sieht.”⁵³

Somit besteht für diese irischen Beobachter das Problem in der nationalen Identität, und Europa ist nur ein Kontext, in dem sie zum Ausdruck kommt. Dies tritt in den Debatten der Rechten sehr deutlich zutage, die hauptsächlich aus Diskussionen innerhalb der Conservative Party bestanden, es wird jedoch auch in der Debatte der Linken offensichtlich. Tom Nairn hat bereits vor langer Zeit darauf hingewiesen, daß die britische Linke dem Nationalismus genauso eng verbunden ist wie die Conservative Party.⁵⁴ Dies zeigt sich in der gegenwärtigen Diskussion zwischen linksgerichteten Intellektuellen über die Verdienste der EU als Instrument zur Erreichung sozialistischer Zielsetzungen, wobei einige der Teilnehmer immer noch an der Vorstellung festzuhalten scheinen, daß Probleme in Zusammenhang mit dem Kapitalismus durch Lösungen auf nationaler Ebene beseitigt werden können.

Den allgemeinen Kontext der Debatte im linken Lager bildet jedoch das Phänomen der Globalisierung, d. h. die zu erwartende Umwandlung eines durch den Handel verbundenen

⁵¹ Martin Holmes, *The Eurosceptical Reader*, Basingstoke and London, Macmillan, 1996.

⁵² Paul Gillespie (Herausgeber), *Britain’s European Question: The Issues for Ireland*, Dublin, Institute of European Affairs, 1996.

⁵³ Brendan Halligan, “*Britain, Ireland and EMU: the Currency Dilemma*” in Gillespie (Heraugeber) *Britain’s European Question*, S. 126.

⁵⁴ Tom Nairn, *The Left Against Europe?* Harmondsworth, Penguin, 1973.

Systems nationaler Volkswirtschaften in eine wahrhaft globale Wirtschaft, bei der nationale Grenzen zunehmend ohne Bedeutung sind für Produktionsverfahren und Finanzierungsströme, und in der die Regierungen immer weniger Macht haben, um die Kontrolle über Aktivitäten globaler Kapitalisten auszuüben. Dabei handelt es sich um Themen, die alle Sozialisten betreffen, nicht nur für die britische Linke.

Es besteht Uneinigkeit darüber, ob die Globalisierung überhaupt existiert. Die meisten Teilnehmer an der Debatte erkennen jedoch an, daß es zumindest ein stärkeres Maß an Internationalisierung des kapitalistischen Systems gibt. Große Meinungsverschiedenheiten gibt es jedoch darüber, wie man darauf reagieren sollte. Die proeuropäische Linke sieht eine Kooperation innerhalb der EU als Notwendigkeit an, macht sich jedoch Sorgen wegen der demokratischen Auswirkungen einer Verlagerung von Kompetenzen auf europäische Ebene. Andererseits hat die euroskeptische Linke die Hoffnung auf effektive sozialistische Maßnahmen durch die EU aufgegeben, oder aber sie hat sowieso niemals daran geglaubt. Diese völlig unterschiedlichen Autoren möchten zu nationalen Lösungen zurückkehren.

Für viele andere europäische Sozialisten muß die Zielsetzung der nationalistischen Linken in Großbritannien teilweise deprimierend engstirnig und gestrig wirken. Obwohl sie eine andere Art von Staat möchten, ähneln sie am Ende ihren Gegenübern im euroskeptischen rechten Lager, mit denen zusammenzuschließen sie große politische Schwierigkeiten hätten. Die Euroskeptiker auf beiden Seiten der politischen Trennlinie neigen dazu, nur die negativen Aspekte der EU zu sehen. Bei den Euroskeptikern kommen die einzige wirklich radikalen Ideen von der Green Party, die es trotz ihres idealistisch geprägten Eintretens für lokale Initiativen zumindest schafft, die vollständige Ablehnung einer Kooperation auf europäischer Ebene zu vermeiden oder nur noch nationale Zentralregierungen als das einzige Wahre anzusehen.

Während die proeuropäische Rechte, auf der anderen Seite der Debatte, in ihrer wirtschaftlichen Argumentation sehr stark ist, scheint sie ihre Augen vor den Problemen der demokratischen Legitimität zu verschließen, die mit einer Verlagerung der Kompetenzen von der nationalen auf EU-Ebene einhergehen.

Es ist schwierig, die Schlußfolgerung zu vermeiden, daß das neue Denken in bezug auf eine wirklich europäische Zukunft für Großbritannien von der proeuropäischen Linken kommt und insbesondere von den links vom Zentrum befindlichen Think-tanks wie Demos und dem Institute for Public Policy Research (IPPR). Obwohl einige ihrer Ideen spekulativ und möglicherweise sogar unrealistisch sind, bringen sie zumindest neue Ideen über die EU hervor, die in eine nationale Debatte über die Zukunft Europas einfließen könnten, die mehr als nur eine engstirnige Diskussion über die Zukunft Großbritanniens wäre. Dabei handelt es sich um Ideen, die auch für andere Mitgliedstaaten relevant sind, die sich in einigen Fällen zum ersten Mal im eigenen Land mit der Frage der Legitimität der EU auseinandersetzen müssen. Auch wenn die Debatte in Großbritannien zu Fragen, die für die Zukunft der europäischen Integration von wesentlicher Bedeutung sind - wie die der demokratischen Legitimität - engstirnig und in gewisser Weise undifferenziert erscheinen mag, sind die britischen Beiträge zur europäischen Debatte vielleicht doch differenzierter als diejenigen, die man in anderen Mitgliedstaaten antrifft.